



Medienmitteilung

Datum: 07.07.2022 – Nr. 44
Sperrfrist:

Erweiterung der Kollektivunterkunft Giswil für Flüchtlinge aus der Ukraine

Für die Sicherstellung der Unterbringung und Betreuung der ukrainischen Flüchtlinge wird eine weitere Kollektivunterkunft in Giswil in Betrieb genommen. Neu wird auch das Hauptgebäude des Hotels Krone für die Unterbringung genutzt. Zudem hat der Regierungsrat Obwalden bis zu 630 zusätzliche Stellenprozent bis Ende 2023 für die Betreuung und den Schulunterricht bewilligt.

Die aktuelle Lage in der Ukraine hat sich nicht verbessert und ein unmittelbares Ende des Krieges ist laut den Prognosen des Bundes vorderhand nicht absehbar. Es werden aufgrund der bisherigen Entwicklungen in der Ukraine bis Ende Herbst 2022 schweizweit 80 000 bis 120 000 Flüchtlinge erwartet. Gemäss dem bevölkerungsproportionalen Schlüssel hat der Kanton Obwalden 0.4 Prozent dieser Zuweisungen in seinen kantonalen Strukturen aufzunehmen.

Damit im Kanton langfristig ausreichend Unterbringungsmöglichkeiten vorhanden sind, hat der Sonderstab Asyl unter der Leitung des Sicherheits- und Sozialdepartements eine langfristige Planung erstellt und weitere geeignete Unterkünfte evaluiert.

Im Kanton Obwalden sind bis zu 80 Prozent der ukrainischen Flüchtlinge bei privaten Gastfamilien (Zimmer, Einlegerwohnungen, Ferienwohnungen, usw.) untergebracht. Die Gastfamilien werden durch die Sozialen Dienste Asyl und das Schweizerische Rote Kreuz, Sektion Unterwalden betreut. Die Zusammenarbeit läuft gut und die Plätze bei Privaten sind ein wertvoller Beitrag bei der Unterbringung der Flüchtlinge.

Zusätzlich besteht bereits eine Kollektivunterkunft in Nebengebäuden des Hotels Krone in Giswil mit 60 Plätzen, wobei rund 50 Plätze bereits belegt sind. Neu wird

auch das Hauptgebäude mit rund 75 zusätzlichen Plätzen als Kollektivunterkunft genutzt. Damit der Betrieb der Kollektivunterkunft mit der höheren Anzahl Flüchtlinge und deren Integration sichergestellt werden kann, hat der Regierungsrat befristet bis Ende 2023 maximal weitere 520 Stellenprozente bewilligt.

Da der grösste Teil der ukrainischen Flüchtlinge Frauen und Kinder ist, ist auch das Bildungswesen von der Flüchtlingswelle betroffen. Damit ausreichender Schulraum und entsprechende Lehrkräfte vorhanden sind, hat der Regierungsrat auch die notwendigen Schritte und Personalressourcen für die Sicherstellung der Beschulung eingeleitet. Für den Schulunterricht werden befristet bis Ende 2023 maximal 110 Stellenprozente bewilligt.

Anlaufstelle für Ukraine-Hilfe

Die Solidarität mit den Flüchtlingen aus der Ukraine ist sehr gross und es gehen laufend Anfragen aus der Bevölkerung beim Kanton ein. Das Sozialamt hat eine Anlaufstelle eingerichtet, damit die verschiedenen Hilfsangebote koordiniert werden können. Bitte melden Sie sich für Angebote und Fragen bei der Anlaufstelle "Ukraine-Hilfe".

Hotline 041 662 97 97
E-Mail ukraine@ow.ch
Website www.ow.ch/ukraine (oder "Sonderstab Ukraine" im Suchfeld)

Kontakt/Rückfragen: Donnerstag, 7. Juli 2022, 11.00 bis 12.00 Uhr

Landammann Christoph Amstad, Vorsteher Sicherheits- und Sozialdepartement,
Telefon +41 41 666 62 19 (Thema Kollektivunterkunft)

Regierungsrat Christian Schäli, Vorsteher Bildungs- und Kulturdepartement,
Telefon +41 41 666 62 43 (Thema Bildungswesen)